

Stellungnahme des Kinaesthetics Verein Deutschland e.V.

§1 des Grundgesetzes

## Die Würde des Menschen ist unantastbar

**Mit großer Sorge und Betroffenheit beobachten wir in den Einrichtungen des Gesundheitswesens in Deutschland einen zunehmend würdeloserem Umgang mit den beteiligten Akteuren im Gesundheitswesen, der sich in den vergangenen Jahren extrem verstärkt hat!**

Insbesondere die Mitarbeiter in den stationären Einrichtungen erfahren dies an deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen. Lag das Augenmerk der Medien in der Vergangenheit stark bei den Ärzten, wurden die anderen Berufe (Pfleger, Heilerziehungspfleger, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten) stark vernachlässigt. Immer weniger Personal muss mehr Patienten/Bewohner betreuen.

Gleichzeitig steigen die Fallzahlen sowie der administrative Aufwand erheblich. Die Rahmenbedingungen lassen ein Arbeiten in Würde kaum noch zu. Die Patienten/Bewohner erfahren zunehmend einen Umgang, der mit der Forderung des §1 des Grundgesetzes unvereinbar ist. Durch den hohen Druck auf die Einrichtungen kommt es zu schwerwiegenden Auswirkungen, die meistens der Patient/Bewohner aushalten muss.

Dazu gehören u.a.:

- **Starke Zunahme an Fehlern in unterschiedlichsten Bereichen; insbesondere im Bereich der Hygiene!**  
Die kaum objektivierbare Zahl von vermeidbaren Todesfällen, Komplikationen und Leid der Betroffenen geht in die Tausende. So können Menschen keine angemessene Unterstützung bei der Nahrungsaufnahme erhalten; negative Entwicklungen bei Betroffenen werden nicht rechtzeitig bemerkt und Fehler durch Übermüdung und Überarbeitung nehmen zu. Täglich sterben in unserem Land Menschen an den stillen Folgen solcher Ereignisse.
- Eine angemessene körperliche und psychische Begleitung und Unterstützung bei Rehabilitationsprozessen gerät zunehmend in den Hintergrund.
- Würdeverletzende Situationen nehmen zu (haben Sie schon mal ins „Bett“ machen müssen, weil die Pflegekraft es nicht rechtzeitig geschafft hat zu kommen?).
- Menschliche Zuwendung, insbesondere in schwierigen und belastenden Situationen ist nicht mehr möglich. Betroffene, die hier auf kein privates Unterstützungssystem zurückgreifen können, verenden in Einsamkeit.

- Die politisch gewollte zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung der letzten Jahre hat die Arbeitsbedingungen auf dem Rücken eines Großteils der Mitarbeiter verschärft.

Dies zeigt Auswirkungen. **So stieg die Krankheitsrate der im Gesundheitswesen Beschäftigten an** (sie liegt weit über dem Bundesdurchschnitt).

Die gesellschaftspolitisch verständliche Erhöhung der Lebensarbeitszeit stößt jedoch bei Mitarbeitern dieser Berufsgruppen auf eine nicht verschiebbare Grenze.

Bei solch einer körperlich schweren und psychisch belastenden Arbeit wie dies in vielen helfenden Berufen der Fall ist, ist es kaum noch möglich, lange genug und gesund zu arbeiten, um schon das bisherige Rentenalter unbeschadet zu erreichen. In diesen Fällen führt die Ausdehnung der Arbeitszeit zu einer dramatischen Rentenkürzung. So werden die Helfer für ihren Einsatz mehrfach bestraft. Zunächst erhalten sie über viele Jahre eine unzureichende Entlohnung, was dazu führt, dass sie nur niedrige Rentenanwartschaften ansparen können. Werden sie dann infolge der über Jahre hohen körperlichen Belastung krank, müssen sie weitere Kürzungen hinnehmen, da sie in Frührente gehen und dabei zusätzliche Rentenkürzungen in Kauf nehmen müssen. Durch den geringen Lohn konnten sie darüber hinaus keine von der Politik geforderten privaten Anwartschaften aufbauen.

**Fachkräfte wandern zunehmend in Nachbarländer ab, wo sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Bezahlung deutlich besser sind.**

Da sich solche Bedingungen herumsprechen, führt die zunehmende Unattraktivität der „helfenden Berufe“ dazu, dass immer weniger Menschen für diese Berufe entscheiden. In vielen Regionen Deutschlands führt dies bereits zum Fachkräftemangel. Der demographische Wandel wird diesen Effekt verstärken.

**Mittelfristig ist eine dramatische Reduzierung auch des medizinischen Leistungsangebotes und Leistungsvermögens zu befürchten.** Schon heute suchen Personalverantwortliche dringend Nachwuchs für Intensivstationen.

**Der in den letzten Jahren extrem gestiegene Verwaltungsaufwand (Dokumentationspflichten) nimmt von den ohnehin reduzierten Humanressourcen einen wesentlichen Teil weg.**

Vielerorts müssen Pflegende bereits mehr dokumentieren als pflegen. Abgesehen davon, dass das gesamte geschriebene Material unmöglich gelesen und überprüft werden kann, nährt es die Illusion, dass das Geschriebene auch tatsächlich getan wurde. **Die tägliche absurde Verwaltung dieses Misstrauens erdrückt die Arbeitenden und produziert Ineffizienz.** Die bereits lange angekündigte Entbürokratisierung findet nicht statt. In der Praxis überwiegt ein gegenteiliger Trend, der zur Einführung immer neuer Dokumente führt. Im Rahmen des Qualitätsmanagements versuchen Krankenhäuser mit immer mehr Papier die Qualität zu beweisen. Tatsächlich entsteht unter internen Kennern des

Gesundheitswesens zunehmend der Eindruck, dass es hier darum geht, das nahezu unvermeidbar scheinende Absinken der Qualität durch einen enormen Schub an mehr Bürokratie einigermaßen kontrolliert stattfinden zu lassen. Ziel scheint es dabei zu sein, einen schleichenden Prozess des Abbaus möglichst von der Öffentlichkeit unbemerkt voranzutreiben. Beim Betroffenen aber kommt so immer weniger an.

Wenn Politiker darauf verweisen, dass wir nach wie vor ein gutes Gesundheitswesen haben, steht dies dem tatsächlichen Erleben der Mitarbeiter im Gesundheitswesen täglich konträr gegenüber. Dies kann nur dadurch erklärt werden, dass sich wieder einmal die Realität von Politikern von der Realität im Alltag des Gesundheitswesens abgekoppelt hat.

**Wir fordern daher die verantwortlichen Akteure im Gesundheitswesen dazu auf, die Bedingungen im Gesundheitswesen so zu verändern, dass sie den Forderungen des Grundgesetzes entsprechen.**

Insbesondere

- müssen die Stellenpläne der Pflege- und Betreuungskräfte nach Jahren der Ausdünnung wieder aufgestockt werden.
- sind die Aufsichtsbehörden (MDK und Heimaufsicht) aufgefordert, die Anforderungen an die Dokumentationen deutlich zu reduzieren.
- müssen die Krankenkassen ebenfalls zu Verfahrensweisen kommen, den Leistungserbringern weniger Dokumentation abzufordern. Als Vertreter der Versicherten tragen sie mit ihrem Verhalten gleichzeitig dazu bei, dass die Qualität möglicher Leistungen gerade für ihre Versicherten deutlich abnimmt. Dies kann weder im Interesse der Kasse noch im Interesse ihrer Versicherten sein.
- muss die Bezahlung der helfenden Berufe angepasst werden. Es darf nicht sein, dass in vielen stationären und ambulanten Betrieben untertariflich bezahlt wird und teilweise sogar in der Vergangenheit die Löhne abgesenkt (!) wurden.
- müssen die Medien wegkommen von der Verurteilung einzelner Berufsgruppen und/oder Einrichtungen hin zu einer differenzierteren Betrachtung des Gesamtproblems.

**Der Reifegrad einer Zivilisation bemisst sich unter anderem daran, wie eine Gesellschaft mit ihren Kranken und Schwachen umgeht!**

Der Vorstand, Juni 2011